

---

## **DPG-Rundbrief – Mai II 2019**

An die  
Mitglieder des Bundestages

Bad Iburg, den 17.05.2019

### **Fraktionsübergreifender Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen „Der BDS-Bewegung entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“**

Sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete,

in Kürze werden Sie einem gemeinsamen Antrag zustimmen, der die israelische Politik unterstützen wird, sich dauerhaft als Besatzungsmacht zu etablieren.

Vorab möchten wir Ihnen mitteilen, dass das Existenzrecht des Staates Israel in den Grenzen von 1967 von unserer Gesellschaft nicht in Frage gestellt wird. Darüber hinaus setzen wir uns, wie Ihre Parteien übrigens auch, für die Einhaltung von internationalen Vereinbarungen und der Menschenrechte ein. Auch wir kritisieren und verurteilen jegliche Verletzung von Menschenwürde, Meinungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Unrecht, unabhängig davon, von welchem Land dieses auch geschehen mag.

Die israelische Militärverwaltung unterhält weltweit die längste Besatzung der letzten 100 Jahre, ihre Praxis, die von der israelischen (zunehmend rechtsgerichteten) Politik getragen wird, bietet tagtäglich genug Anlass zur Kritik (Hauszerstörungen, Deportationen, Verhaftungen, gezielte Tötungen, Enteignung von Grund und Boden, Bau von Siedlungen auf völkerrechtswidrig erobertem Land, völkerrechtswidrige Annexion von Ost-Jerusalem und darüber hinaus, Bau von Check-points und Isolationsmauer etc.).

Die ständige Missachtung des Völkerrechts durch die israelische Politik wird sogar von der Bundesregierung kritisiert.

Wir müssten uns eigentlich darüber einig sein, dass

- die israelische Besatzung, auch im Interesse des Staates Israel, beendet wird und
- die Kritik an der israelischen Politik, an der israelischen Besatzung sowie der Einsatz für Menschenrechte nicht antisemitisch ist!

Die Antragsteller gehen davon aus, dass eine friedliche, gewaltfreie Aktion wie die BDS die Existenz des Staates Israel gefährden würde.

Der Aufruf von Jüdischen und Israelischen Wissenschaftler an Deutsche Parteien zu 'BDS' widerlegt eindeutig dieser Annahme, die lediglich der Politik von MP Netanjahu hilft, dem israelischen Volk aber schadet.

<https://de.scribd.com/document/410140639/Aufruf-von-Judischen-und-Israelischen-Wissenschaftler-an-Deutsche-Parteien-zu-BDS>

## **Wussten Sie schon,...**

... dass der Europäische Gerichtshof 2010 entschieden hat, dass Produkte aus den israelischen Siedlungen nicht unter das EU-Zollpräferenz-Abkommen fallen?

... dass die EU-Kommission auf Entscheidung der EU-Außenminister aus dem Jahr 2012 Israel verpflichtet alle Produkte aus den besetzten Gebieten zu kennzeichnen?

... dass Israel, obwohl die EU es vorschreibt, eine gesonderte Kennzeichnung der Produkte aus den besetzten Gebieten verweigert?

... dass deshalb BDS-Befürworter, die Produkte aus den besetzten Gebieten boykottieren wollen, gezwungen werden, alle Produkte mit der Kennzeichnung 729 (made in Israel) abzulehnen?

... dass seit 2005 mehr als 170 palästinensische Organisationen zu einem Boykott, zu Desinvestitionen (Kapitalentzug) und Sanktionen (BDS) von israelischen Produkten aufrufen, solange die Besatzung nicht beendet ist und den Palästinensern grundlegende Menschenrechte verweigert werden?

... dass 2009 palästinensische ChristInnen mit ihrer Kairos-Erklärung einen Boykott der israelischen Besatzung forderten und sich dabei auf die Boykottbewegung gegen die südafrikanische Apartheid berufen?

... dass sogar jüdische Organisationen einen Boykott unterstützen, z.B. Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., Jewish Voice for Peace, Israeli Committee Against House Demolitions und Gush Shalom?

... dass die Deutsche Bahn und der französische Konzern Veolia sich aus ihrem Geschäft im völkerrechtswidrig besetzten Westjordanland zurückgezogen haben?

... dass US-amerikanische, kanadische und schottische Kirchen ihre Investments aus Firmen abgezogen haben, die von der Besatzung profitieren?

... dass die Boykottbewegung BDS in vielen Ländern aktiv ist, u.a. in Irland, Großbritannien, Niederlande, Skandinavien, Frankreich, Spanien, USA, Südafrika und Lateinamerika?

... dass niederländische Pensionsfonds und skandinavische Banken ihre Investments aus israelischen Banken abgezogen haben?

... dass die US-amerikanische Presbyterian Church ihr Investment bei der Firma Caterpillar abgezogen hat, weil sie Bulldozer an Israel zur Zerstörung palästinensischer Häuser liefert?

Wollen Sie tatsächlich die oben Genannten zu israelfeindlich und infolgedessen zu Antisemiten erklären?

Zutreffend hat der ehemalige israelische Botschafter Avi Primor diese Tatsache beschrieben: „Nicht der Antisemitismus hat zugenommen, sondern die Sympathie für Israel ist geringer geworden“. Und Daniel Barenboim schreibt sogar in einem Gastbeitrag in der ZEIT: „Ich schäme mich heute, Israeli zu sein.“

**Wir fordern Sie auf, Ihre Entscheidung zu revidieren und dem o.g. nicht zuzustimmen.**

Mit freundlichen Grüßen



Nazih Musharbash, für das Präsidium  
Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

## **Siehe auch:**

Schreiben der Botschafterin der Palästinensischen Mission

<http://dpgnetz.de/wpcontent/uploads/NewsHome/StellungnahmeBotschafterinPal%C3%A4stina.pdf>